Fortschritt: Über die Beschleunigung der Gegenwart sollten wir uns freuen *Seite 12*

Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

Dienstag, 12. September 2017 · Nr. 211 · 238. Jg. AZ 8021 Zürich · Fr. 4.40 · € 4.40

Von einem Trailer-Home – einem mobilen Häuschen – bei Naples, Florida, hat «Irma» nicht viel übrig gelassen. REUTERS

Florida atmet vorsichtig auf

Die Verwüstungen durch den Hurrikan «Irma» scheinen weniger schlimm als befürchtet

PETER WINKLER, WASHINGTON

Im Süden und im Zentrum Floridas haben die Einwohner am Montag damit begonnen, die Schäden zu vermessen, welche der Hurrikan «Irma» bei seinem Durchzug Richtung Norden am Tag zuvor angerichtet hatte. Viele waren erleichtert, dass die Verwüstungen beim ersten Augenschein nicht so gross erschienen wie befürchtet. Allerdings werden die nächsten Tage und Wochen ohne Strom, bei Spitzentemperaturen von mehr als 30 Grad Celsius, kein Zuckerschlecken.

Zutreffende Warnungen

Rund sechseinhalb Millionen Kunden der Stromversorger waren am Montag ohne Elektrizität. An mehreren Orten entlang beider Küsten der Halbinsel hatten Sturmfluten niedrig gelegene Gebiete überschwemmt, was allerdings nicht überraschend kam, sondern von den Meteorologen vorausgesagt und von den Behörden zum Anlass für Evakuierungsbefehle genommen worden war. Vor allem Tampa schien aber vor der befürchteten Flut, die wegen der Gezeiten besonders stark auszufallen drohte, weitgehend verschont geblieben zu sein. In Naples im Südwesten, wo die Sturmflut aus dem Golf von Mexiko besonders heftig ausfiel, stand das Wasser immer noch fast einen halben Meter hoch. In Miami war das Gebiet nahe am gleichnamigen Fluss ebenfalls in Mitleidenschaft gezogen worden.

Auch wenn die Sturmschäden glimpflicher als befürchtet ausfielen, wird es noch Tage dauern, bis genauere Angaben gemacht werden können. Das nationale Hurrikan-Zentrum rief die Bevölkerung im Norden Floridas und weiter entlang der Route von «Irma» in Georgia und South Carolina zu anhaltender Wachsamkeit auf. In Jacksonville sorgte der Sturm auch am Montag noch für eine rekordhohe Überflutung. Zwar liessen die Windgeschwindigkeiten weiter nach, und «Irma» wurde zu einem einfachen tropischen Sturm zurückgestuft. Doch auch das bedeutete anhaltende Spitzenwindgeschwindigkeiten von mehr als 100 Kilometern pro Stunde.

Nach vorläufigen Angaben sollen mindestens sechs Personen im «Sunshine State» infolge des Sturms ums Leben gekommen sein. Dazu wurden auch Opfer von Verkehrsunfällen gerechnet, die sich im strömenden Regen ereigneten. Insgesamt schienen die Warnungen der Behörden die Bewohner Floridas überzeugt zu haben, dass Vorsicht und Besonnenheit angebracht waren. Dies hat zweifellos mitgeholfen, dass die Opferzahl vorerst relativ klein blieb.

Wettlauf gegen die Zeit

Wo der Sturm vorbeigezogen war, regte sich der Wunsch der Evakuierten, in ihre Wohngegenden zurückzukehren, um nachzusehen, ob alles in Ordnung sei. Die Behörden warnten allerdings vor einer zu raschen Rückkehr, und in Miami Beach sperrten sie die Brücken bis am Dienstagmittag. Als Grund wurden die vielen umgestürzten Bäume und niedergerissenen Stromleitungen angegeben, die erst geräumt werden müssten. Tausende von Mechanikern, die von den Elektrizitätsunternehmen auch von ausserhalb mobilisiert worden waren, begannen einen Wettlauf gegen die Zeit. Der Strom wird nicht nur für Klimaanlagen gebraucht, sondern auch, um das Verderben von Nahrungsmitteln zu verhindern und um Häuser zu trocknen.

International, Seite 3
Wirtschaft, Seite 23

Die Wirtschaftselite meidet Bundesbern

Unternehmern fehlt die Zeit zum Politisieren

Von der einstigen Verzahnung von Wirtschaft und Politik ist wenig übrig geblieben. So droht der schleichende Wandel vom Miliz- zum Berufsparlament.

SIMON HEHLI

Was früher zum guten Ton gehörte, ist heute eine Seltenheit: politisches Engagement der Wirtschaftskapitäne. Vor 60 Jahren hatte noch ein Viertel der eidgenössischen Parlamentarier ein Mandat bei einem der 110 wichtigsten inländischen Unternehmen oder der potentesten Wirtschaftsverbände inne – 2015 ist diese Zahl auf 11,3 Prozent zusammengeschmolzen. Das hat eine Auswertung der Universität Lausanne ergeben. Der klassische Karriere-Dreiklang – Wirtschaft, Politik und Militär – gehört weitgehend der Vergangenheit an, Persönlichkeiten wie der Stadler-Rail-Chef und frühere SVP-Nationalrat Peter Spuhler werden rar im Bundeshaus. Dafür gibt es mehrere Gründe: So ist erstens die Arbeitsbelastung sowohl in den Betrieben wie auch im Bundesparlament grösser geworden, Spitzenpositionen in beiden Bereichen lassen sich dadurch schlechter kombinieren. «Das Zeitmanagement ist schwieriger geworden», sagt FDP-Generalsekretär Samuel Lanz. Zweitens gelang der Aufstieg der Gewerbler- und Bauernpartei SVP zu grossen Teilen auf Kosten des Freisinns, der früher viele Wirtschaftspatrons in seinen Reihen hatte. Drittens wird die Wirtschaftselite immer internationaler. Viertens gibt es unter den Frauen, die seit 1971 in die beiden Parlamentskammern eingezogen sind, kaum Unternehmerinnen. Für die 32-jährige SP-Nationalrätin Nadine Masshardt handelt es sich aber auch um eine Frage des Zeitgeists: «Gerade jüngere Väter meiner Generation nehmen ihre Familienpflichten ernster, so bleibt kaum Zeit für Karriere sowohl in Wirtschaft wie auch Politik.»

Milizparlament ein «Mythos»?

Generell ist der Anteil der Parlamentarier, die weiterhin mit beiden Beinen im Berufsleben stehen, in den letzten Jahrzehnten stark gesunken. Laut einer im Mai veröffentlichten Studie beträgt das Arbeitspensum von Nationalräten für ihr Mandat 87 Prozent. Das Milizparlament gerät unter Druck, für die SP ist dieses nur noch ein «Mythos». Sie strebt deshalb laut ihren Legislaturzielen eine «Professionalisierung des Parlaments» an. FDP-Mann Lanz erkennt darin den Versuch, die Verbindungen zwischen der Wirtschaft, die aus sozialdemokratischer Perspektive «böse» sei, und der Politik zu kappen. «Das dürfen wir nicht zulassen, denn gerade diese Verbindung ermöglicht in der direkten Demokratie die besseren Lösungen – was schliesslich mehr Arbeitsplätze und weniger Regulierung bedeutet.» Die FDP und der Wirtschaftsverband Economiesuisse haben es denn auch zu ihrem Ziel erklärt, wieder mehr Führungskräfte aus der Wirtschaft für Parlamentsmandate zu gewinnen. Wie das genau gelingen soll, will Lanz jedoch «aus wahlstrategischen Gründen» nicht verraten.

Kampf für mehr Transparenz

Die Linke, bei der es besonders viele Defacto-Berufspolitiker gibt, kämpft derzeit nicht mit Vehemenz für ein Berufsparlament. Ein SP-Vorstoss, der dies verlangte, blieb 2011 im Nationalrat völlig chancenlos. Nadine Masshardt will deshalb einzig bestehende Lücken bei der beruflichen Vorsorge schliessen, plädiert jedoch nicht für eine Erhöhung der Bezüge von National- und Ständeräten, die heute unter 100 000 Franken jährlich liegen. Sie hält auch berufliche Verbindungen von Politikern zur Wirtschaft nicht per se für problematisch. «Es braucht jedoch dringend mehr Transparenz», findet Masshardt. Die SP fordert deshalb, dass die Parlamentarier alle Geldflüsse in Zusammenhang mit ihren Interessenbindungen offenlegen müssen. Im bürgerlich dominierten Parlament beisst sie damit aber auf Granit. 2016 lehnte der Nationalrat einen Vorstoss von Peter Keller (svp.) für eine Offenlegungspflicht der Saläre klar ab. Ein wenig mehr Transparenz will jedoch die Staatspolitische Kommission des Nationalrats schaffen: Im August sprach sie sich dafür aus, dass Parlamentarier ihre Arbeitgeber deklarieren müssen. Dass weitergehende Transparenzvorschriften Persönlichkeiten aus der Wirtschaft noch stärker von einem Engagement in der Politik abhalten könnten, glaubt Masshardt nicht: «Wer nichts zu verstecken hat, hat nichts zu befürchten.»

Schweiz, Seite 14, 15
Meinung & Debatte, Seite 11

ANZEIGE

WAHLKAMPF IN DEUTSCHLAND
Die Ausgrenzung schadet der AfD nicht – im Gegenteil SEITE 7

BUNDESRATSKANDIDATEN
Bei ihrer EU-Politik bleibt Raum für Interpretationen SEITE 13

BAHNUNGLÜCK IN ANDERMATT
33 Verletzte bei einem alltäglichen Rangiermanöver SEITE 22

SELBSTHILFE IN KENYA
Behinderte unterstützen Behinderte – und mildern so die Armut und die soziale Stigmatisierung SEITE 8

NEUES IPHONE
Apple hängt auf Gedeih und Verderb von seinen Mobiltelefonen ab SEITE 23

CHEF DES SOLIDARNOSC-ZENTRUMS
Die Kulturszene Polens sei nicht mundtot, sagt Basil Kerski SEITE 39

CHAMPIONS LEAGUE
Herkulesaufgabe für den FC Basel gegen Manchester United SEITE 44

WETTER

11°/16°

Zunächst vielerorts wolkig, später im Flachland auch sonnige Abschnitte. Schauer möglich. Im Süden recht sonnig. Seite 21

TV/Radio 41, Traueranzeigen 20
Sportresultate 42, Kino 38

NZZ www.nzz.ch

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8021 Zürich, Telefon: +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnemente: +41 44 258 10 00, weitere Angaben im Impressum Seite 9

9 772297 322004 17211